

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/011(V)/10			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 10.06.2010	Altes Rathaus Hansesaal / Beimzimmer	17:00Uhr	19:00Uhr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung und Gäste. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Einvernehmlich einigen sich die Mitglieder des Ausschusses darüber, die DS0226/10 – Normenkontrollverfahren zur Gefahrenabwehrverordnung betreffend die Abwehr von Gefahren durch Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit – auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Drucksache wird als Punkt 7 behandelt.

Herr Hans stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 5 zu vertagen, bis eine Stellungnahme der Verwaltung vorliegt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Die geänderte Tagesordnung wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 06.05.2010

Herr Platz fragt nach, weshalb der Tagesordnungspunkt 6 – DS0551/09 Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg – von der Tagesordnung abgesetzt wurde.

Herr Herbst informiert, dass die Fraktionen übereinstimmend nochmaligen Beratungsbedarf angemeldet haben.

Die Niederschrift vom 06.05.2010 wird insofern geändert, dass der erste Satz des Punktes 2 wie folgt formuliert wird:

Der TOP 6 –DS0551/09 Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg – wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Die geänderte Niederschrift wird mit folgendem Abstimmungsergebnis angenommen:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

4. Wiederaufbau der Ulrichskirche Vorlage: DS0133/10

Der Oberbürgermeister bringt die Drucksache ein und führt hierzu aus. Er informiert, dass die Stadt lediglich das Grundstück zur Verfügung stellen und bei einem positiven Ausgang des Bürgerentscheides ein erforderliches Bebauungsplanverfahren einleiten kann.

Herr Hoffmann legt dar, dass die CDU-Fraktion einen Beschluss gefasst hat und er wird sich an den Beschluss halten. Bis eine endgültige Entscheidung zur Tunnelverlängerung getroffen ist, wird er sich auch nicht zur DS 0133/10 äußern. Er hält es für sinnvoll die Fundamente freizulegen und touristisch zu erschließen. Er neigt eher zu einem Bürgerentscheid, da großer Diskussionsbedarf besteht.

Herr Herbst steht einem Bürgerentscheid nicht besonders positiv gegenüber.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass er mit dem Bürgerentscheid nur wissen will, ob die Bürger die Kirche wollen oder nicht. Bei einem positiven Entscheid gilt dieser dann ein Jahr.

Herr Rohrßen befürwortet den Bürgerentscheid und hält den Termin der Landtagswahl für gut.

Herr Budde spricht sich für die Drucksache aus.

Herr Platz äußert, dass nur ein positiver Ausgang des Bürgerentscheides die Stadt bindet. Danach hat die Stadt die Pflicht, eine Entscheidung zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

4.1. Unterstützung des Wiederaufbaus der Ulrichskirche
Vorlage: A0055/10

Die anwesenden Ausschussmitglieder nehmen den Antrag A0055/10 zur Kenntnis.

4.2. Unterstützung des Wiederaufbaus der Ulrichskirche
Vorlage: A0055/10/1

Nach eingehender Diskussion stellt **Herr Rohrßen** den Geschäftsordnungsantrag, den Punkt 5 des Ursprungsantrag dem Änderungsantrag A0055/10/1 hinzuzufügen. Somit wird dem Änderungsantrag A0055/10/1 folgender Punkt hinzugefügt:

5. Im weiteren Verfahren soll darüber befunden werden, inwieweit z.B. dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalts die Möglichkeit eingeräumt werden kann, die noch vorhandenen Fundamente und Gräfte des Kirchenbaus freizulegen und damit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

4.3. Unterstützung des Wiederaufbaus der Ulrichskirche
Vorlage: A0055/10/1/1

Über den Änderungsantrag A0055/10/1/1 wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

5. Angebot Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: A0070/10

Vertagung!

6. Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus
Vorlage: A0056/10

Herr Herbst bringt den Antrag ein.

Herr Bergmann, Amt 51, führt zur Stellungnahme der Verwaltung aus, dass über 60 Projekte über den LAP betreut wurden. Ein Problem stellt der Punkt 3 des Antrages dar, die Finanzierung.

Herr Hoffmann versteht nicht, warum es immer um Rechtsextremismus gehen muss. Er stimmt dem Antrag nicht zu.

Herr Rohrßen äußert, dass er dem Antrag nicht zustimmen kann, solange die Finanzierung nicht gesichert ist. Ansonsten hält er den Antrag für gut.

Herr Herbst schlägt eine Neuformulierung des Punktes 3 vor:

3. Die zusätzlichen nötigen Mittel zur Finanzierung der Vollzeitstelle (ca. 5.000 Euro) sind aus geeigneten Quellen zur Verfügung zu stellen. Sollte dies nicht möglich sein, ist in Verhandlungen mit dem Miteinander e.V. über den Umfang der Stelle zu verhandeln.

Herr Hans stimmt dem Antrag so nicht zu.

Herr Haller fragt nach, ob es zu einer Reduktion des Rechtsextremismus geführt hat.

Herr Bergmann führt hierzu aus, dass diese Frage nicht mit einer einfachen Tabelle aufzulisten ist. Die Sache ist nicht genau aufzurechnen. Es wurden bereits mehrere Schulen sensibilisiert. Das ist schon als Erfolg anzusehen.

Herr Platz legt dar, dass der Miteinander e.V. eine Stelle ist, die die Sachen gemeinsam mit dem Jugendamt vollzogen hat. Er schlägt vor, dass im KRB-Ausschuss in regelmäßigen Abständen über die Arbeit berichtet wird. Er hält die Arbeit für sehr sinnvoll.

Herr Schilling denkt, dass der Erfolg von demokratischer Aufklärung messbar ist.

Herr Haller schlägt vor, den Antrag ggf. in „Extremismus“ umzuformulieren.

Über den Antrag in geänderter Form wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Enthaltungen

Herr Haller gibt zu Protokoll, dass seine Äußerung zur Umformulierung des Antrages in keiner Art und Weise berücksichtigt wurde.

6.1. Koordinierungsstelle für Maßnahmen gegen Rechtsextremismus
Vorlage: S0104/10

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Normenkontrollverfahren zur Gefahrenabwehrverordnung
betreffend die Abwehr von Gefahren durch Alkoholkonsum in
der Öffentlichkeit
Vorlage: DS0226/10

Über die Drucksache DS0226/10 wird wie folgt abgestimmt:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

8. Verschiedenes

Herr Haller fragt nach dem Stand zu einer erneuten Beratung zum Thema „Doppik“.

Herr Platz legt nochmals dar, dass er die Problematik an den FB 02 weitergeleitet hat und den Fachbereich jetzt nicht noch einmal darauf ansprechen wird, da dieser gegenwärtig mit der Eröffnungsbilanz beschäftigt ist. Eine Beratung zu diesem Thema wird es vor der nächsten Haushaltsbehandlung geben.

Herr Haller bittet um Nachreichung der Tischvorlage der Polizeidirektion Magdeburg von der Sitzung vom 06.05.2010, da dieser der Niederschrift nicht beigelegt war.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Sören Ulrich Herbst
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Sören Ulrich Herbst

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Andreas Budde

Stadtrat Martin Rohrßen

Stadtrat Michael Hoffmann

Stadträtin Helga Boeck

Stadtrat Torsten Hans

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Sven Haller

Sachkundiger Einwohner Oliver Schilling

Geschäftsführung

Frau Britta Becker

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Claudia Szydzick

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Ronald Bahrs